

Hans-Peter Schmidt, Aufsichtsratschef der Nürnberger Versicherungsgruppe und Alt-Präsident der IHK Nürnberg warnt vor Gefahren der Digitalisierung

Von Dichtern und Denkern zu Klickern und Wischern

Die täglich wachsende E-Mail-Flut überfordert die Menschen zusehends. „Das meiste ist Müll und in Unternehmen wird umständlich entschieden“, sagt Hans-Peter Schmidt, Aufsichtsratsvorsitzender der Nürnberger Versicherungsgruppe und Alt-Präsident der IHK Nürnberg, zur Staatszeitung. Durch E-Mails würden sich alle informiert fühlen, aber kaum einer wisse, was zu tun sei. Darunter leide die Produktivität in Unternehmen. Aus diesem Grund hat vor Kurzem der Aufsichtsrat der Nürnberger mit dem Vorstand bezugsabhängig vereinbart, im laufenden Jahr 2014 die von den Mitarbeitern selbst verursachte E-Mail-Flut um 25 Prozent einzudämmen.

„Ping-Pong mit den E-Mails lähmt die Unternehmen“

„Früher hat man zum Telefonhörer gegriffen, dann wurde eine Notiz gemacht und einer der beiden Gesprächsteilnehmer hat sich vereinbarungsgemäß um den Vorgang gekümmert. Heute mit den E-Mails werden eine große Anzahl von Mitarbeitern über die Kopiefunktion informiert, aber niemand kümmert sich um den Vorgang“, moniert Schmidt. Es würden viele E-Mails geschrieben, bis sich endlich jemand finden lässt, die Sache in die Hand zu nehmen. „Dieses Ping-Pong mit den E-Mails lähmt die Unternehmen“, so der Aufsichtsratschef. Außerdem kritisiert Schmidt das Verhalten vieler Menschen in Unternehmen, die sich mit den E-Mails in Szene setzen wollen:



Hans-Peter Schmidt, Aufsichtsratsvorsitzender der Nürnberger Versicherungsgruppe und Alt-Präsident der IHK Nürnberg, hegt trotz der vielen Vorteile elektronischer Medien ihnen gegenüber eine „gesunde Grundkepsis“.

FOTO SCHWEINFURTH

„Da werden dann spät abends noch Mails verschickt, um den Eindruck zu erwecken, wie fleißig jemand immer noch arbeitet.“ Darum begrüßt er zum Beispiel die Vorbilder BMW und VW, die ihre E-Mail-Server ab einer gewissen Uhrzeit am Abend abschalten und erst am nächsten Morgen wieder

aktivieren. Dies sei im Sinne der Mitarbeitergesundheit und Leistungsfähigkeit. „Der Mensch braucht Zeit, sich zu regenerieren“, betont Schmidt. Trotz der vielen Vorteile der elektronischen Medien hegt er ihnen gegenüber eine „gesunde Grundkepsis“. Denn viele wür-

den dem Irrglauben verfallen, mit einem Tablet oder Smartphone umfassend informiert zu sein. „Die Menschen fühlen sich informiert, sind es aber nicht, weil ihnen der weite Horizont fehlt“, sagt Schmidt und verweist auf die bildende Funktion von Zeitungen. „Dort erfahre ich Dinge, auf die

ich nie gekommen wäre, die aber dennoch wichtig für mich sind.“ Die Informationsaufnahme im Netz hingegen verlaufe nur schmalpurig. Menschen würden nur in ihren Interessensbereichen recherchieren und hätten „keinen Blick mehr für die Dinge am Wegesrand“. Das engt nach Schmidts

Ansicht den geistigen Horizont ein.

„Eine Zeitung oder Zeitschrift hingegen zwingt den Leser zur Weitsicht. „Denn man hat immer eine Doppelseite vor sich, auf der unterschiedlichste Dinge stehen“, so Schmidt. Dies schule das Weiterblicken, das Erkennen von Zusammenhängen.

„Leider beginnt die Bildschirmabhängigkeit heutzutage schon sehr früh. Das geht sogar soweit, dass 18-Jährige gar kein Interesse mehr daran haben, den Führerschein zu machen“, erläutert Schmidt. Denn Jugendliche glauben, sich über die elektronischen Medien die Welt ins Haus holen zu können.

Gefahr für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Diese Entwicklung beobachtet er mit größter Sorge, da sie auf längere Sicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gesellschaft in Gefahr bringe. „Das Volk der Dichter und Denker droht zum Volk der Klicker und Wischer zu verkommen“, sagt Schmidt in Anspielung an die Bedienung von Computermäusen und Bildschirmoberflächen von Tablets und Smartphones. So wie man über die Oberfläche hinwegwische, „wischen wir über Sachverhalte nur noch drüber“, sorgt sich Schmidt und ruft die Menschen dazu auf, verantwortungsvoll mit der allseits propagierten Digitalisierung umzugehen und wieder miteinander zu sprechen, zu telefonieren, Zeitung zu lesen. > RALPH SCHWEINFURTH

Tagung zu „Langzeitriskien des Mobil- und Kommunikationsfunks“ in Würzburg

Ein enormes Geschäft mit Gesundheitsfolgen

Mobile Kommunikation und Datenübertragung sind der Wachstumsmarkt der Zukunft. Waren 2010 nur 13 Prozent der Deutschen mobil im Internet, so stieg dieser Wert 2013 laut einer Onlinestudie von ARD und ZDF auf 41 Prozent. In neun von zehn Privathaushalten wird mit dem Handy telefoniert, so das Statistische Bundesamt. Und das Datenaufkommen in den Mobilfunknetzen wird weiter rasant steigen. Laut dem aktuellen „Cisco Visual Networking Index: Global Mobile Data Traffic Forecast Update, 2013–2018“ ist der weltweite mobile Datenverkehr im vergangenen Jahr gegenüber 2012 um 81 Prozent gewachsen und wird bis 2018 um das elffache steigen. Bis 2018 werde es weltweit 4,9 Milliarden mobile Nutzer geben, 2013 waren es 4,1 Milliarden. Und der deutsche Hightech-Verband BITKOM geht davon aus, dass dieses Jahr die Nachfrage nach mobilen Datendiensten ein Umsatzplus von 5,5 Prozent auf 9,6 Milliarden Euro erreicht wird. Global betrachtet, wird der Umsatz mit Big Data laut BITKOM um 66 Prozent auf 73,5 Milliarden Euro steigen. Die Branchenexperten erwarten, dass er sich innerhalb von fünf Jahren von 23,6 Milliarden Euro (2011) auf 160,6 Milliarden Euro (2016) nahezu verdreifachen wird.

Diese Zahlen verdeutlichen, warum Kritiker, die vor den Risiken der Mobilfunks seit Jahren warnen, ignoriert werden. Bei einer Tagung in Würzburg fanden sie jetzt allerdings Gehör. Über 200 Teilnehmer wollten sich über die „Langzeitriskien des Mobil- und Kommunikationsfunks“ auf der Festung Marienberg informieren.

Bereits bei der Tagungseröffnung stellt Veranstalter Karl Richter, Vorsitzender der Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie aus St. Ingbert, klar: „Der Zeitfaktor wird in den geltenden Grenzwerten nicht berücksichtigt.“ Da-



rum fordert er von der Politik: „Die Langzeitriskien stellen den Strahlenschutz vor neue Aufgaben.“ Während angelsächsische Wissenschaftler zu schnellen Vorsorgemaßnahmen vor Mobilfunk keine Alternative sehen, habe hierzulande die Strahlenschutzkommission im Jahr 2011 die Einstellung der Forschung gefordert. Grund: Es sei nicht nachgewiesen, dass Mobilfunkstrahlung Krebs auslöse beziehungsweise es das Phänomen Elektrosensibilität überhaupt gebe.

Damit läuft die deutsche Strahlenschutzkommission den Stellungnahmen von Europarat, Europäischer Umweltagentur, Bund Naturschutz und des Schweizer Rückversicherers Swiss Re diametral entgegen, so Richter. Sogar die Weltgesundheitsorganisation (WHO) habe die Handystrahlung als möglicherweise krebserregend eingestuft.

Dennoch gibt es eine Langzeit-

studie-Professor Lennart Hardell von der Örebro-Universität in Schweden. Er stellte sie in Würzburg persönlich vor. Demnach komme ein Krebsrisiko erst nach 15 Jahren Handynutzung zum Tragen. Nach 20 Jahren verdopple sich das Risiko, an Krebs zu erkranken und nach 25 Jahren sei das Risiko dreimal so hoch. Hardell verdeutlicht anhand seiner Forschungsergebnisse, dass die schädigende Wirkung von Mobilfunk erst nach vielen Jahren in Erscheinung tritt und betont: „Kinder sind viermal so stark betroffen wie Erwachsene.“

Das unterstreicht auch Professor Michael Kundi, Leiter des Instituts für Umwelthygiene der Medizinischen Universität Wien. Elektromagnetische Felder dringen beim Telefonieren mit Handys seinen Ausführungen zufolge tiefer in den kindlichen Schädel ein als bei Erwachsenen. Doch der thermische Effekt sei nicht der einzige, den es zu berücksichtigen

gelte. Bei der Entwicklung des Kindes zum Erwachsenen komme dem Mark in den Knochen eine entscheidende Rolle zu. So besitzen Kinder viel rotes, blutbildendes Mark, das laut Kundi eine höhere Leitfähigkeit für elektromagnetische Wellen hat, als das gelbe Mark, in das sich das rote im Laufe des Erwachsenwerdens umwandle. Kundi zitiert eine dänische Studie, die nachweist, dass Schwangere, die viel mit dem Handy telefoniert haben, viel häufiger emotional auffällige, verhaltensauffällige und hyperaktive Kinder haben, als die Frauen, die während der Schwangerschaft kaum das Handy nutzten.

Aber all diese Forschungsergebnisse werden laut Kundi schon unter der Decke gehalten, da sie den Interessen der Mobilfunkindustrie zuwiderlaufen. Nahezu jeder Erwachsene in Europa habe inzwischen ein Handy. Also seien die Grenzen des Wachstums erreicht. „Darum sind Kinder als

Zielgruppe für die Mobilfunkindustrie so wichtig“, sagt Kundi. In diesem Marktsegment seien noch Steigerungen möglich.

Die ökonomischen Interessen apostrophierte auch Professor Franz Adlkofer, Vorsitzender der Pandora – Stiftung für unabhängige Forschung. Er betrachtet die aktuell geltenden deutschen Grenzwerte für Mobilfunkstrahlung als „Ergebnis institutioneller Korruption“. Seiner Ansicht nach ist die Mobilkommunikation „das größte biophysikalische Experiment der Menschheitsgeschichte mit offenem Ausgang“. Adlkofer beklagt durch das derzeitige politische Agieren hierzulande „eine Haftungsfreistellung für die Industrie“.

Und auch Tagungsleiter Richter, der mehr unabhängige Forschung fordert, sieht „eine reduzierte staatliche Risikoverwaltung“, die sich in Europa „einer Diktatur kommerzieller Interessen“ beuge. Er mahnt Vorsorge, Minderheitenschutz und Zukunftsverantwortung an: „Der Staat muss das wieder aufnehmen.“

Richter kapriziert sich aber nicht nur auf Industrie- und Politikschelte. In einem Interview mit der Main Post fordert er den Ausbau der Glasfasertechnik als volkswirtschaftlich gesündere Alternative. Industrieländer wie Schweden und Südkorea beschriften diesen Pfad. Er mahnt auch mehr Forschungsgelder für die Entwicklung von Alternativen der drahtlosen Kommunikation an. Andere Staaten seien Deutschland in Sachen Lichttechnik weit voraus.

Dass Mobilfunk mit Gesundheitsrisiken verbunden ist, beweist die Reaktion der russischen Strahlenschutzkommission RNCNIR. Sie warnte bereits 2008 vor „folgschweren und irreparablen Auswirkungen durch elektromagnetische Strahlung vor allem auf Kinder“. Erst 2011 hat sie ihre Warnung erhärtet.

> RALPH SCHWEINFURTH

KOMMENTAR

Staat ist gefordert

VON RALPH SCHWEINFURTH

Mit Blick auf den demografischen Wandel kann der deutsche Staat beim Schutz der Bevölkerung vor Mobilfunkstrahlung nicht untätig bleiben. Der Zusammenhang zwischen Handynutzung und Krebs ist erwiesen. Das haben diverse Studien aus anderen Ländern belegt. Außerdem gibt es Gerichtsurteile aus anderen Staaten.

Sicher ist es schwer, den formaljuristischen Weg zu beschreiten und eindeutig nachzuweisen, dass Mobilfunkstrahlung genotoxisch, sprich krebserregend, Wirkung entfaltet. Diese tritt nämlich erst nach einigen Jahren in Erscheinung. Folglich ist die Beweisführung schwierig.

Aber es kann auch nicht im Interesse des Staates sein, wenn die Generation Smartphone – weil schwer erkrankt – für die heimische Wertschöpfung verloren ist. Nicht umsonst wird immer beschworen, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb lediglich den Rohstoff Geist zu bieten hat. Also sollte diese Ressource auch entsprechend pfleglich behandelt werden.

Mit der derzeitigen Haltung wird das aber nicht. Der Staat kann schon aus Eigeninteresse keine malade Bevölkerung brauchen. Denn wer sorgt dann für Steuereinnahmen? Nötig sind ein Revival der drahtgebundenen Kommunikation und eine Senkung der Grenzwerte für Mobilfunkkommunikation. Diese Werte sind zum Beispiel in China und Russland deutlich niedriger als hierzulande. Außerdem müsste viel mehr Forschungsaufwand bei alternativer drahtloser Kommunikation mittels Lichtwellentechnik betrieben werden.